

Alles andere als ein Paradigmenwechsel

Ein kritischer Kommentar zum »Tierwohl«-Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMEL

von Onno Poppinga

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) »Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung« erschien im März 2015 und fand in der agrarpolitischen wie in der öffentlichen Diskussion eine starke Beachtung. Obwohl dieses Gutachten wohltuend offen die Tierschutzprobleme der Nutztierhaltung anspricht, klammert es dennoch zentrale Fragen aus. So z. B. die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Bestandsgrößen und Tierwohl. – Hier setzt der folgende Beitrag an, der das Gutachten einer kritischen Analyse unterzieht und Teil einer detail- und kenntnisreichen Auseinandersetzung mit dem Gutachten ist, die im Januar 2016 vom Kasseler Institut für ländliche Entwicklung veröffentlicht wird.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf den umfangreichen ersten Teil des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik (WBA): der Analyse des Ist-Zustandes, dessen Entstehungsgründe und dessen Bewertung.¹ Dieser Entscheidung liegt die Überlegung zugrunde, dass nur wenn die Problem-bereiche der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sachlich zutreffend untersucht sind, zu erwarten ist, dass auch die Vorschläge für notwendige Änderungen passend ansetzen. Hinzu kommt, dass das Gutachten sehr umfang- und materialreich ist und daher im Rahmen dieses Beitrages nur einige wenige, aber meines Erachtens zentrale Punkte einer kritischen Würdigung unterzogen werden konnten.²

Vorab angemerkt

Das Gutachten ist bei seinen öffentlichen Vorstellungen auf ein sehr kontroverses Echo gestoßen. So zeigte sich der Vorsitzende des Bauernverbandes von Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, über die Kritik der Gutachter verwundert. Schließlich sei, so Schwarz, die gegenwärtige Form der heimischen Nutztierhaltung ein Produkt der wissenschaftlichen Erkenntnisse der vergangenen Jahre.³ Vor allem Betriebsleiter von Wachstumsbetrieben wie auch Funktionäre des Bauernverbandes verstanden das Gutachten als Affront und beklagten, dass diejenigen Wissenschaftler, die bisher

immer Wachstum, Investitionen in rationalisierte Tierställe und Kostenführerschaft gepredigt hätten und die ihnen gegen Kritiker beigestanden hätten, ihnen jetzt in den Rücken fallen würden.

Ganz anders die Reaktion bei der »Agraropposition«. Das Gutachten wurde geradezu gefeiert: »Endlich schreiben auch die das, was wir seit 20 Jahren schon wissen, womit wir aber in der Politik nicht durchgekommen sind«, sagte mir beispielsweise ein vom Gutachten höchst angetaner Vertreter des Markenfleischprogramms »Neuland«. Diese sehr positive Einschätzung und breite Zustimmung können auch nicht überraschen. Die beiden folgenden Sätze mögen als Beispiel dienen, um anschaulich zu machen, warum das Gutachten von vielen als Vorschlag für eine Kehrtwende der bisherigen Agrarpolitik verstanden werden kann:

»Viele der derzeitigen Haltungsbedingungen sind vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels in wesentlichen Teilen nicht zukunftsfähig und hinsichtlich der dafür teilweise notwendigen Tiermanipulationen rechtlich derzeit nur noch bei sehr weitgehender Auslegung von Ausnahmeregelungen zulässig.« (S. 284)¹

¹ Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats (siehe Anm. 1).

»Ein flächendeckend hohes Tierschutzniveau ist aus der Sicht des WBA aus ethischen Gründen empfehlenswert und wichtig, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Nutztierhaltung in Deutschland zu erreichen.« (S. 296)

Welcher Tier- und Umweltschützer, welcher Neuland- oder Ökoaktivist, welcher Politiker der GRÜNEN und welches AbL-Mitglied kann da nicht aus ganzem Herzen und voller Überzeugung zustimmen? Doch hat hier wirklich ein Paradigmenwechsel stattgefunden? An einigen, zentralen Punkten möchte ich meine Gedanken dazu erläutern.

Technisch-wissenschaftliche Neuerungen gleich Fortschritt

Man könnte sagen: Alles altbekannte Infos. So finden wir im Kapitel 2 zur »Bedeutung und strukturellen Entwicklung der Nutztierhaltung« Zahlen über die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Tierhaltung in der weltweiten wie auch in der deutschen Landwirtschaft; Beschreibung der Steigerung der Produktivität und der wachsenden Bedeutung des Handels; Voraussagen über die zukünftige Nachfrage nach Lebensmitteln; Konzentrationsprozesse auf der Ebene der Tierhaltungsbetriebe wie in der Verarbeitungsindustrie; Ausmaß und Problematik der regionalen Konzentration. All das ist außerhalb der früheren Gutachten des WBA lange bekannt, oft beschrieben und diskutiert.

Auffällig ist allerdings, dass die Darstellung der Entwicklung der Nutztierhaltung durchgängig daherkommt als »Erfolg«, »Verbesserung«, »Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit«. Es deutet sich hier eine Sichtweise an, die gesellschaftlich wahrgenommenen Probleme der Nutztierhaltung nicht als inhärenten Bestandteil dieser Vorgänge zu sehen (»Das Eine bedingt das Andere«), sondern als »Ausrutscher«, als vermeidbare Nebeneffekte. Statt für neue Verfahren in der Haltung der Tiere, in der Zucht, Fütterung und Tierbetreuung eine Technikfolgenabschätzung zu fordern, die eine öffentliche Institution durchzuführen habe, wird ungebrochen das »hohe Lied des technischen Fortschritts« gesungen.

Einige der in diesem Zusammenhang zu kritisierenden Einzelaussagen sind:

- Schon in der Einleitung wird behauptet, die Veränderungen in der Nutztierhaltung seien mit großen Fortschritten in der »Ressourceneffizienz« verbunden. Dabei wird im gesamten Gutachten an keiner Stelle auf eine für den Prozess der Rationalisierung der Landwirtschaft zentrale Ressource – der fossilen Energie – eingegangen oder diese gar problematisiert. Ein Mangel, der erstaunen muss.

- Bei der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der globalen Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten wird die seit Langem von Ökonomen vertretene Einschätzung eines starken Wachstums in den »Entwicklungs- und Schwellenländer« wiederholt. Interessanterweise wird aber auch hervorgehoben, dass der »weitaus größte Anteil des Produktionswachstums auf das Konto von Entwicklungs- und Schwellenländern« (S. 11) gehen wird. Gleichwohl wird über das ganze Gutachten hinweg großen Wert darauf gelegt, alle Schritte zu vermeiden, die die Exportorientierung des Agribusiness behindern könnten.
- Überhaupt die Aussagen zu Milch und zum Milchmarkt! Wie kann jemand auf die Idee kommen angesichts der strikten lokalen Verortung jedes Milcherzeugungsbetriebes einerseits und der erreichten starken nationalen wie internationalen Konzentration im Molkereiwesen andererseits für die Landwirte »hinreichende Ausweichalternativen« (S. 39) zu behaupten? Ähnlich absurd ist die Aussage, durch »Bildung von Erzeugerorganisationen« könnten die Landwirte der »wachsenden Konzentration auf der vor- und nachfolgenden Ebene entgegentreten« (S. 33). Absurd ist es zumindest insoweit, wie damit die aktuellen Verhältnisse beschrieben werden sollen.

Fazit I:

Technisch-wissenschaftliche Neuerungen werden im Gutachten unverändert und pauschal als »Fortschritte« betrachtet. Nur wo sich heftige öffentliche Kritik aufbaut (z. B. gegen das Schnabelkürzen bei Hühnern, die Schwanzamputation bei Schweinen) wird für Änderungen plädiert. Eine Vorabbewertung der Technologie bezüglich ihrer Wirkung auf Tierschutz, Umweltwirkung und Sozialverträglichkeit wird abgelehnt bzw. nicht erörtert. Stattdessen wird großer Wert darauf gelegt, dass die Aussagen des Gutachtens nicht der Exportorientierung des Agribusiness in die Quere kommen.

Nicht erwähnt: Gute Beispiele und engagierte Netzwerke

Angesichts des Anliegens des Gutachtens, dem Tierwohl einen höheren Stellenwert in der Landwirtschaft und im Agribusiness zu verschaffen, wäre in diesem Zusammenhang zu erwarten gewesen, vor allem diejenigen Organisationen, Unternehmen und Individuen vorgestellt zu bekommen, die sich – in der Vergangenheit wie aktuell – besonders für die Verbesserung des Tierwohls eingesetzt haben. Das erfolgt aber keineswegs. Beschrieben werden stattdessen nur einige Institutionen, die die Meinungsbildung in und über die Landwirtschaft in der Vergangenheit stark beeinflusst

haben: die Institutionen der öffentlichen und privaten Forschung, Fachmedien und Verbände, Beratungsorganisationen und Berufsausbildung.

So wird die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG als »Teil des Innovationssystems Nutztier« ausführlich gewürdigt, hingegen all die vielen Landwirte, Wissenschaftler und alternativen Verbände (Bioverbände, Neuland, Deutscher Tierschutzbund, Pro Vieh u. v. m.), die sich seit Jahren kritisch zu den verschiedenen Formen der immer stärker rationalisierten Tierhaltung geäußert haben und von denen einige mit großem Engagement und viel Risiko konkrete Alternativen in ihren Betrieben aufgebaut haben – sie werden mit keinem Wort erwähnt. Es ist eine bloße Verbeugung vor dem alten Establishment, das hier verankert wird; durchaus unangemessen.

Fazit II:

Die Autoren des Gutachtens ignorieren all die landwirtschaftlichen Betriebe, kleine ebenso wie große, in denen die Tiere unter den Bedingungen der Nutztierhaltung bereits jetzt gute Bedingungen vorfinden. Sie werden nicht nur nicht erwähnt, sondern werden auch nicht als Beispiele gesehen, von denen andere Betriebe lernen könnten. Der alleinige Ausgangspunkt für Verbesserungen wird in wissenschaftlicher Forschung gesehen. Dass Wissenschaftler mit ihrer Forschung hingegen einen beträchtlichen Anteil an den aktuellen Problemen der Nutztierhaltung zu verantworten haben, wird nicht thematisiert.

Kein Zusammenhang zwischen Tierwohl und Bestandsgröße?

Der »kritische Leser« gewinnt beim Lesen des Abschnitts 5 »Problemfelder der Nutztierhaltung« den Eindruck, dass wichtige Tierschutzprobleme und Einschränkungen des Tierwohls sehr nüchtern angesprochen und offengelegt werden. Er sieht aber auch, dass diejenigen Verhältnisse, die unmittelbar auf Zusammenhänge zur Rationalisierung, zur Industrialisierung und zur Massentierhaltung hinweisen, nur abgeschwächt angesprochen und nur zögerlich oder gar nicht in den Forderungen auf Änderungen auftauchen.

Besonders deutlich ist das im Abschnitt »Bestandsgröße und Tierwohl« zu erkennen. Anzuerkennen ist allerdings erstmal, dass der Zusammenhang überhaupt so offen angesprochen wird. Geschuldet dürfte das der Tatsache sein, dass die Ablehnung der Massentierhaltung zu den sehr stabilen Aussagen in der gesellschaftlichen Kritik an der aktuellen Form der heutigen Tierhaltung gehört. »Wir haben Agrarindustrie satt; für bäuerliche Landwirtschaft« – unter dieser Überschrift ziehen jedes Jahr im Januar einige Zehntausend kritische Bürger durch Berlin.

Die Gutachter reagieren auf diese Befunde aber mitnichten mit der gebotenen Zurückhaltung. Stattdessen wird versucht, die kritische Öffentlichkeit zu belehren:

»Die Diskussion über Massentierhaltung und industrielle Tierproduktion, die in den Medien hohe Resonanz findet, legt einen starken strukturpolitischen Fokus nahe, der den tatsächlichen Zusammenhängen nicht gerecht wird und die gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen Öffentlichkeit und Branchen um mehr Tierschutz erschwert.« (S. 144)

Wie stark der Wissenschaftliche Beirat in diesen Fragen sich ideologisch festgezurr hat, geht in allergrößter Deutlichkeit auch aus der, der Studie vorangestellten Zusammenfassung hervor:

»Um die gesellschaftlichen Anforderungen an die Nutztierhaltung und die Realität der landwirtschaftlichen Produktion stärker in Einklang zu bringen, empfiehlt der WBA ein umfangreiches Maßnahmenbündel und zudem einen intensiven Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik unter Einbeziehung der Wissenschaft. Dabei könnte auch der derzeit sehr starken Fokussierung der gesellschaftlichen Diskussion auf die Rolle der Betriebsgröße (»Massentierhaltung«) für den Tier- und Umweltschutz entgegen gewirkt werden.« (S. 7)

Das Interesse des Wissenschaftlichen Beirats vorzugsweise an Großunternehmen und die Ausgrenzung von kleineren Betrieben bzw. der vielen Betriebe mit bereits heute schon guten Haltungsbedingungen spricht der Beirat auch durchaus offen aus: »Die Politik sollte Bemühungen um mehr Tierschutz und mehr Transparenz besonders deutlich bei Großunternehmen in der Tierhaltung einfordern, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich hier einzelne betriebliche Entscheidungen auf eine Vielzahl von Tieren auswirken und weil die größeren, wachstumsstarken Unternehmen bessere Voraussetzungen für die Einführung von Innovationen haben.« (S. 115)

Fazit III:

Der Umgang mit der wichtigen Frage nach Zusammenhängen zwischen »Tierwohl und Bestandsgröße« zeigt, dass das Gutachten – politisch motiviert – darauf abzielt, besonders die Unternehmen der Massentierhaltung für die vorgeschlagenen Veränderungen zu gewinnen.

Marktpreise reichen aus für mehr Tierwohl?

Mit dem Abschnitt 5.4 »Aspekte der Sozialverträglichkeit und Fairness« (S. 158f.) gibt es einen Wechsel in der Thematik (und wahrscheinlich auch bei den Ver-

fassern der Texte). Hier setzt sich der Beirat mit der öffentlichen Kritik auseinander, die Marktpreise seien für die landwirtschaftlichen Betriebe nicht »fair«; diese müssten deshalb Haltungsverfahren anwenden, die eigentlich nicht vertretbar seien. Neben »fairen« Preisen wird auf »Verteilungsgerechtigkeit«, »Sozialverträglichkeit«, »Agrarstrukturwandel« und auf die Wirkung von Agrarexporten eingegangen.

So sehr die Forderung nach fairen Preisen für Landwirte sich in der gesellschaftlichen Diskussion inzwischen verbreitet hat, so »eisenhart« ist die Ablehnung durch die Agrarökonominnen im Wissenschaftlichen Beirat. Sie beharren darauf, dass Marktpreise ausschließlich die Funktion eines »Knappheitsindikators« zu erfüllen haben (S. 171). Forderungen nach »fairen Preisen« seien irreführend. Denn, so die Autoren, die Nutznießer der so organisierten Märkte seien schließlich die Verbraucher! »Zugutekommen die Ergebnisse effizienter Wertschöpfungsketten letztlich dem Verbraucher« (S. 164). Eine gewisse Ironie ist hier nicht zu übersehen. Es ist wohl die Sorge vor der Kritik der Öffentlichkeit an der industrialisierten Tierhaltung mit ihren »effizienten Wertschöpfungsketten«, die Anlass für das Gutachten ist. Eben jene kritische Öffentlichkeit soll nun aber belehrt werden, dass zwar ihre Kritik an bestimmten Haltungsformen ernst genommen wird, ihre damit in engem Zusammenhang stehende Forderung nach »fairen Preisen« aber nicht, denn schließlich kämen die »effektiven Wertschöpfungsketten« (ohne »faire Preise«) ja ihnen, den Verbrauchern, zugute!

So aufmerksam der Wissenschaftliche Beirat bisher mit den kritischen Merkmalen der industrialisierten Tierhaltung umgegangen ist – hier, bei der Forderung nach »fairen Preisen für Landwirte«, wird recht plump argumentiert.

Allerdings eine Ausnahme wird eingeräumt: wenn die Preisaufschläge, die der Endverbraucher zahlt, direkt an die Produzenten weitergereicht werden (bei den »Fairtrade-Produkten«). Begründet wird jedoch nicht, warum bei »Fairtrade« eine Ausnahme gemacht wird. Das wäre aber interessant gewesen. Denn, wenn Landwirte »faire Preise« fordern, dann fordern sie natürlich die Preisaufschläge auch für sich, als direkte Aufschläge (bzw. höhere Preise) für ihre Produkte. Wo ist da der Unterschied?

Nach Auffassung der Agrarökonominnen im Beirat soll nicht die Wirkung der Preise als »fair« oder »gerecht« bewertet werden. Stattdessen soll mit diesen Begriffen nur bewertet werden, ob die Spielregeln der Märkte fair seien.

»Danach wären Marktergebnisse etwa dann als fair anzusehen, wenn Marktteilnehmer nicht zur Teilnahme gezwungen sind, einzelne Teilnehmer nicht die wettbewerbsrechtlichen Bemühungen anderer

untergraben, gleiche Regeln gelten und die Ergebnisse nicht die sozial schwächsten benachteiligen.« (S. 171f.)

Die letzte Aussage, die Spielregeln der Märkte seien »fair«, wenn »die Ergebnisse nicht die sozial schwächsten Marktteilnehmer benachteiligen« ist dabei schon ein Angebot an die Kritiker, denn mit der »Knappheitsfunktion der Preise« hat diese Einschätzung nichts zu tun. Sie erlaubt es aber, bei allzu ruinösen Ergebnissen von Marktprozessen auf sozial schwache Gruppen Eingriffe zu akzeptieren. So bei »Fairtrade«, so – einige Seiten weiter – bei den Mindestlöhnen für die Arbeiter in den Schlachthöfen (S. 166). Die »Knappheitsfunktion der Preise« wird aber auch als Argument benutzt, um »faire Preise« für Landwirte abzulehnen, denn diese gehörten nicht zu den »sozial Schwächsten der Gesellschaft« (S. 161). Allerdings wird diese Aussage nur »einfach so« behauptet. Als Argument wird lediglich bemüht, Landwirte, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien und die Landwirtschaft aufgeben müssten, würden ja immerhin über Produktionsmittel verfügen. Einen Verweis auf eine qualifizierte sozialwissenschaftliche Untersuchung, die sich mit den Verhältnissen der Menschen in Betrieben befasst, die sich in einer Notlage befinden, die aus der Landwirtschaft »weichen« müssen, fehlt allerdings. Offenkundig nimmt sich der Wissenschaftliche Beirat »die Freiheit«, ausschließlich eigenhändig zu richten, was »gesellschaftliche Ziele« sind und was nicht.⁴

Auffällig ist nun aber, dass zahlreiche Initiativen und Verbände, die aktuellen Marktpreise als unfair kritisieren und »faire Preise« fordern, in ihrer Argumentation just auch von den obigen Grundsätzen des Wissenschaftlichen Beirats zu »fairen Märkten« ausgehen. So fordert der fraglos einflussreiche Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) faire Milchpreise für die Bauern gerade mit der Begründung, die Spielregeln des Milchmarktes seien nicht fair; die Bauern könnten nicht »auf Augenhöhe« mit den Molkereien verhandeln.

Nun befasst sich der Beirat selbst auch mit der Frage, ob denn gleiche Wettbewerbsbedingungen vorliegen:

»Das wäre etwa dann der Fall, wenn infolge einer sehr starken Konzentration oder Kartellbildung auf den vor- oder nachgelagerten Ebenen der Wertschöpfungskette Marktmacht ausgeübt wird. Es ist Aufgabe des Kartellamtes solchen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Konkrete Anhaltspunkte für eine schädliche Ausübung von Marktmacht gibt es bisher wenige, obwohl die Konzentrationsgrade teilweise erheblich sind.« (S. 172)

Zwar wird in diesem Zusammenhang auf die »Sektoruntersuchung Lebensmitteleinzelhandel« des Bundes-

kartellamtes verwiesen, auf die in diesem Zusammenhang jedoch ungleich bedeutenderen Untersuchungen des Kartellamtes zum Milchmarkt wird dagegen nicht Bezug genommen; die Studien tauchen auch im Literaturverzeichnis nicht auf.⁵ Das ist gänzlich unverständlich, haben doch diese Untersuchungen des Kartellamtes sehr deutlich darauf hingewiesen, dass sich die Milchlieferanten gegenüber den Molkereien in einer stark benachteiligten Position befinden!

Mehr noch: in der Beschreibung des Wissenschaftlichen Beirats, bei welchen Spielregeln ein Markt als fair anzusehen ist, wird ausgegangen von der Kategorie der »Marktteilnehmer«. Bei der Beziehung zwischen den Landwirten, in deren Betrieb Milch erzeugt wird, und den Molkereien handelt es sich aber mitnichten um zwei Teilnehmer eines Marktes! Die Bauern sind bloße *Lieferanten* der Milch; die Molkerei kauft die Milch nicht, sondern übernimmt sie und verarbeitet sie zu Milchprodukten! Erst bei deren Verkauf beginnt ein Markt (der durch ein starkes Machtgefälle zugunsten des Handels gegenüber den Molkereien gekennzeichnet ist). Die Milcherzeuger sind nur Lieferanten, die den ihnen nachträglich von der Molkerei gezahlten Preis »nehmen« müssen.⁶ In der Stellungnahme des Raiffeisenverbandes zum Gutachten des Kartellamtes zum Milchmarkt wurde das dann auch präzise so ausgedrückt: »Zwischen dem Erzeuger und seiner Genossenschaft [liegt] keine Marktstufe.«⁷

Ausgehend von seiner Beschreibung »fairer Spielregeln« für Märkte setzt sich der Wissenschaftliche Beirat auch mit den EU-Exporten in Entwicklungsländer und Importen aus diesen Ländern auseinander. Allein angesichts der bereits langjährigen öffentlichen Diskussion über die Gründe für die weltweiten Flüchtlingsströme kann man nur sprach- und fassungslos vor folgender Einschätzung des Beirats stehen: »Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe staatlicher Politik in exportierenden Ländern, die wirtschaftlichen Implikationen von zu marktwirtschaftlichen Bedingungen stattfindenden Exporten in den Entwicklungsländern zu beobachten oder diese Exporte zu regulieren.« (S. 168)⁸

Folgerungen & Forderungen

- Es fehlt an Forschungen über den Zusammenhang von Tierwohl und Bestandsgröße.
- Die strukturellen Wirkungen von Tierschutzmaßnahmen müssen künftig stärker mit betrachtet werden.
- Technisch-wissenschaftliche Neuerungen dürfen ohne Folgenabschätzung nicht mehr eingeführt werden.
- Die vielen positiven Beispiele gelungener bäuerlicher Tierhaltung, die auch dem Tierwohl nutzt, müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Die Qualität der Darstellung des Fleischmarktes hebt sich dagegen deutlich von den Aussagen zum Milchmarkt ab. Im Gegensatz zu der oben bereits zitierten Aussage über den Milchmarkt (»Konkrete Anhaltspunkte für eine schädliche Ausübung von Marktmacht gibt es bisher wenige, obwohl die Konzentrationsgrade teilweise erheblich sind«) sind die Aussagen zum Fleischmarkt so nüchtern wie zutreffend:

»Landwirte sind im Fleischmarkt vor diesem Hintergrund Preisnehmer, die sich einem von ihnen kaum beeinflussbaren Preisbildungsprozess gegenüberstellen. Die Versuche, durch Erzeugergemeinschaften Gegenmacht zu betreiben, sind nur bedingt erfolgreich.« (S. 191)

Und in einer Fußnote wird noch mal unterstrichen, dass unter den Bedingungen in Westeuropa die Wirkung von Erzeugergemeinschaften generell als gering einzuschätzen ist. Die Landwirte im Fleischmarkt sind also genauso »Preisnehmer« wie die Landwirte gegenüber den Molkereien (wobei ihnen gegenüber noch nicht einmal ein Marktverhältnis vorliegt). Märkte, bei denen die eine Seite immer »Preisnehmer« ist, sind ein Beispiel für hochgradiges Marktversagen.

Fazit IV:

Es wäre an der Zeit, dass die Agrarökonomien im Wissenschaftlichen Beirat diese Schlussfolgerung in ihre generelle Beschreibung von »fairen« Marktbeziehungen aufnehmen. So sind die ökonomietheoretischen Anmerkungen – wie schon gesagt – »unterirdisch«.

Abschließend kann gesagt werden, dass das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats – trotz vieler guter, detaillierter Darstellungen – sich im Endeffekt auf die Interessenlagen agrarindustrieller Unternehmen mit Massentierhaltung konzentriert. Dort »brennt die Hütte«: öffentliche Proteste sind unübersehbar, nehmen zum Teil militanten Charakter an; die Nachfrage innerhalb des europäischen Binnenmarktes stagniert oder geht sogar zurück; der »Hoffnungsträger« Drittlandexport erweist sich als schwankend und labil. Das Gutachten wirbt für die Einsicht, die besonders intensiv kritisierten Formen der Tierhaltung nicht länger zu verteidigen, sondern sich an deren Verbesserungen zu beteiligen.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Siegfried Jäckle: »Da geb' ich doch lieber gleich auf«. Der Umgang mit der Kleinbetriebsregelung für Ökobetriebe mit Anbindehaltung demoralisiert Landwirte. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 105–106.
- ▶ Bernhard Hörning: Stark belastet. Intensive Haltungsformen und mögliche Folgen für die Gesundheit der Tiere. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 140–144.

- ▶ Onno Poppinga und Anneke Jostes: (K)ein Zusammenhang zwischen Agrarstruktur und Umweltwirkung? In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 151–156.
- ▶ Wolfgang Apel: Von der Provokation zum Leitbild. 25 Jahre NEULAND–Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 224–227.
- ▶ Thomas Schröder: Billig um jeden Preis. Wie Tiefpreise Tierschutz verhindern. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 220–226.

Hinweis

Die Langfassung der vorliegenden Auseinandersetzung mit dem Gutachten findet sich unter www.kasseler-institut.org/32.o.html.

Anmerkungen

- 1 Zusammenfassung des Gutachtens »Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung« vom März 2015 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung-Zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile). Langfassung: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile.
- 2 Die Langfassung erscheint ab Januar 2016 in den Arbeitsergebnissen des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung unter Publikationen / Arbeitsergebnisse (www.kasseler-institut.org/32.o.html).
- 3 In: »Investitionen ausgebremst«, Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, 18/2015, S. 15.
- 4 Angesagt wäre es stattdessen gewesen, darauf hinzuweisen, dass die Ausgestaltung der Direktzahlungen durch die EU-Kommission dem selbst formulierten Ziel der »Grundsicherung für die Jahreseinkommen der EU-Landwirte« heftig widerspricht.
- 5 Das Bundeskartellamt hat im Zusammenhang mit dem einwöchigen Milchstreik in Deutschland (Ende April, Anfang Mai 2008) drei wichtige Stellungnahmen abgegeben: (1) Beschluss in dem Verwaltungsverfahren gegen den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter. Bonn, 12. November 2008 (B2-100/08). (2) Bundeskartellamt: Sektoruntersuchung Milch. Zwischenbericht Dezember 2009. Bonn (B2-19/08). (3) Bundeskartellamt: Sektoruntersuchung Milch. Endbericht Januar 2012. Bonn (B2-19/08). Zur Marktstellung der Milchviehbetriebe siehe vor allem den Zwischenbericht 2009, S. 91 und 135.
- 6 In einem Gutachten des Europäischen Gerichtshofes zur EU-Milchpolitik werden die Milcherzeuger deshalb und richtigerweise als »Preisnehmer« charakterisiert. Siehe EU-Rechnungshof: Haben die Marktsteuerungsinstrumente für den Markt für Milch und Milcherzeugnisse ihre wichtigsten Ziele erreicht? Sonderbericht Nr. 14, Luxembourg 2009.
- 7 »Sektoruntersuchung Milch des Kartellamtes: Genossenschaften sind Erzeugerzusammenschlüsse«. Pressemitteilung Deutscher Raiffeisen Verband (DRV) vom 1. März 2010.
- 8 Siehe dagegen beispielsweise den Kommentar »Freihandel zwingt zur Flucht« von Ulrike Hermann in der tageszeitung (taz) vom 25. September 2015 (www.taz.de/15232702/).



Prof. Dr. Onno Poppinga

Hochzeitstr. 5
34376 Immenhausen-Holzhausen

E-Mail: rondopopp@t-online.de